

rote blätter extra

Organ des MSB SPARTAKUS

Januar 1972

Lehrstück Bonn:

RCDS - Tanzbär der herrschenden Klasse

Wie flott sich der Tanzbär der herrschenden Klasse zur Melodie der Hochschulformierung dreht, weist seine Politik an der Uni Bonn aus. Die Uni Bonn bietet deshalb ein gutes Lehrstück, weil sich der RCDS im Satzungskonvent zusammen mit den Profs vom Kampfbund gegen die Freiheit der Wissenschaft in der Mehrheit befindet und dem entsprechend von der Theorie zur Praxis übergehen kann. Und die sieht so aus:

13. Oktober 71: Gemeinsam mit den „Freiheitsbündlern“ stimmt er gegen die Pflicht aller Hochschulangehöriger zur Offenlegung der Forschungsergebnisse.

6. November 71: Gemeinsam mit dem BFDW will er die Organe der verfaßten Studentenschaft — AStA, Fachschaften — politisch kastrieren. Die Studenten in den Unigremien sollen zugleich die Organe der verfaßten Studentenschaft bilden; eine unabhängige, eigenständige Interessenvertretung der Studenten soll nicht mehr existieren. Die Fachschaften sind nicht mehr der Vollversammlung rechenschaftspflichtig, können nicht mehr von ihr abgewählt werden; Demokratie reduziert sich auf eine Stimmabgabe pro Jahr. Und die Studenten unterliegen in den Gremien dem zu erwartenden

der RCDS an der Ausdehnung des Entscheidungsmonopols der Profs auf alle wesentlichen Fragen „kooperativ mitgewirkt“. Laut Beschuß des Satzungskonvents vom 6. 12. werden Entscheidungen über Forschung, Berufungen, Vergabe von Lehraufträgen, Einstellung von Assistenten usw. mit Mehrheit der Prof. Stimmen getroffen.

Eine von den demokratischen Studentengruppen intitierte Urabstimmung über die Erhaltung der verfaßten Studentenschaft, wird vom RCDS mit der Begründung sabotiert, der Satzungskonvent allein habe das Recht die Organisation der Studentenschaft zu regeln. Die Urabstimmung, an der sich trotz des Boykottauftrufs der Rechten 7232 Studenten (41,4 Prozent) beteiligten, brachte eine überwältigende Mehrheit für die Erhaltung

RCDS gegen demokratische Rechte

„Entschieden reaktionär“

Je weniger die Herrschenden in der Lage sind, den Bildungsnotstand zu beseitigen, desto mehr versuchen sie durch Ordnungsrecht und Abbau demokratischer Rechte den „Demokratischen Notstand“ an

Am 28. Januar werden sich die Ministerpräsidenten der Länder den Kopf darüber zerbrechen, wie das Grundgesetz am besten zu umgehen ist, um demokratische Lehrer von den Schulen fernzuhalten. Die westdeutsche Justiz versucht ihren Teil dazubeizutragen, den vds zu zerschlagen, indem sie den Asten untersagt, Beiträge an den vds zu zahlen.

Vorbei die Zeit, in der die herrschende Klasse versucht hat, die Studenten durch eine Politik der schönen Worte und Versprechungen vom demokratischen Kampf fernzuhalten. Da dieses Ziel nicht erreicht werden konnte, sollen

fung der Mitbestimmung bekommen wir in der gesamten Hochschulreform keinen festen Boden unter die Füße. Alle Reformen schlagen dann weiterhin in ihr Gegenteil um.“ (FAZ. 4. 1. 72) Seltens wurde der Klassengegensatz der spätkapitalistischen Gesellschaft, der auch durch die Hochschulen geht, deutlicher ausgedrückt:

Hier die eine Seite: die Kapitalistenklasse und ihre professoralen Handlanger — dort die andere Seite: die fortschrittlichen Studenten, die im Interesse der arbeitenden Bevölkerung kämpfen. Das Klasseninteresse des Mo-

Im Dezember hat der RCDS 10 Fragen an den MSB Spartakus gerichtet. Sie waren Auftakt einer Serie antisowjetischer, antikommunistischer Flugblätter und Plakate. Welche Funktion diese Kampagne in der konkreten hochschulpolitischen Situation hat, wollen wir hiermit aufzeigen. Die politische Praxis des RCDS werden wir enthüllen. Der RCDS soll seine Antwort bekommen!

„Ruhe und Ordnung“ jetzt durch andere Methoden durchgesetzt werden. CDU/CSU, RCDS, „Bund Freiheit der Wissenschaft“, FAZ und Springer-Presse sind sich einig. Ihre Forderungen lauten: Ordnungsrecht für die Hochschulen, Abschaffung auch der kleinsten Mitbestimmungsposition, Zerschlagung von vds, AStA und Fachschaften, Einschränkung der demokratischen Freiheiten für Demokraten und Sozialisten. Das rechte Klima dafür soll durch eine beispiellose antikommunistische

den Hochschulen einzuführen. Die Herrschenden gehen zum Großangriff auf errungene Kampfpositionen der Studenten über.

Durch Einschränkungen der verfassungsmäßigen Rechte — sieht man ab von Spanien, Griechenland und Portugal — soll der in Europa einzigartige Zustand erhalten bleiben, daß es an unseren Hochschulen kein halbes Dutzend Profs gibt, die Mitglieder der KP sind. Wogegen es ein Heer von Lehrkräften gibt, die schon unter dem Faschismus nach oben buckelten und nach unten traten; es sind dieselben, die heute angesichts einer Anstellung eines linken Dozenten schreien, 1933 habe es schon einmal so angefangen.

RCDS als Stoßtrupp

Als Vorreiter der reaktionären Anschläge tut sich die fünfte Kolonne des Großkapitals unter den Studenten, der RCDS, hervor. Überall wo es darum geht, die fortschrittliche Bewegung gegen den verfaulenden Imperialismus offen zu unterdrücken, mischt er mit.

Während viele Studenten den Kampf gegen das reaktionäre Hochschulrahmengesetz aufgenommen haben, verteilt der RCDS Flugblätter, in denen er nach dem Demokratiebegriff des Spartakus fragt. Während die Masse der Studenten sich gegen den Abbau demokratischer Rechte, gegen politische Disziplinierung wehrt, weiß der RCDS über die „Unterdrückung von Intellektuellen in der Sowjetunion“ zu berichten. Mit diesem Manöver will er die Widersprüche an den Hochschulen vertuschen und den Kampf der Studenten gegen die monopolkapitalistische Hochschulformierung desorientieren. Mit verschärfter antikommunistischer Hetze will er ein Klima schaffen, in dem ein Verbot des Spartakus möglich scheint.

Diese Forderung ist nur ein Punkt im Programm des RCDS. Anläßlich der Einbringung des Hochschulrahmengesetz-Entwurfes der CDU/CSU-Fraktion hatte der RCDS-Bundesvorstand... diesen Fortsetzung Seite 2

Wer streikt gegen wen? Wer sperrt wen aus?

Während in Nordwürttemberg/Nordbaden einer der härtesten Streikämpfe seit Bestehen der Bundesrepublik ausgetragen wurde, während Hunderttausende von Metallarbeitern von den Unternehmen ausgesperrt wurden — durch das Schließen von Existenzangst sollten die Arbeiter in die Knie gezwungen werden — macht sich der RCDS, der die Aussper-

rechte bis 1975 einzufrieren. Diese 4,3 Prozent jährlich sind also Steigerung des Realeinkommens. Nichts davon wird durch Preissteigerung oder Inflationsraten aufgefressen. Um solche Maßnahmen in der BRD durchzusetzen (d. h. statt 7,5 Prozent Lohnerhöhungen — Lohnerhöhungen von mindestens 12,5 Prozent) wäre ohne Zweifel ein erbitterter Streik notwendig — in der DDR sind sie von vornherein

Maulkorbpargraphen 14 des HRG; d. h. „kooperativer Mitwirkungzwang“, Schweigepflicht, bei Zuwiderhandlung Ordnungsrecht. Nachdem der Rechtsblock im Satzungskonvent solche Regelungen beschlossen hatte, jubilierte der RCDS zynisch:

„Damit wurde das alte, überholte Prinzip der rätedemokratischen Organisation durch das Prinzip der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie ersetzt.“ (RCDS-report)

Der RCDS versucht den Studenten Sand in die Augen zu streuen: „Studenten können in universitären Gremien einen wesentlichen Einfluß ausüben. Ihre Position muß nunmehr in den Selbstverwaltungsgremien der Universität und nicht mehr ihnen gegenüber gestärkt werden.“

Um diese Begründung für die Zerschlagung der eigenständigen Interessenvertretung der Studenten selbst ad absurdum zu führen, hat

Unternehmerhörig

„Entschieden demokatisch“ betitelt sich der RCDS selbst. In seinem Flugblatt schreibt er, er setze sich für „konsequente Reformen in dieser Demokratie“ ein. Sein Verhältnis zu Streik und Aussperrung, zu Unternehmern und Arbeitern, belegt unten angegebener Vorgang, der eingeleitet wurde von Horst Wolff, (RCDS Bonn):

An den
Ältestenrat der Studentenschaft der Universität Bonn
Betr.: Anfechtung eines Beschlusses des SP

Sehr geehrter Herr Johann!

Das SP hat am 7. Dezember den beigefügten Beschuß gefaßt. Dieser Beschuß beinhaltet die Wahrnehmung des allgemeinpolitischen Mandats. Das Gleiche gilt für die beschlossene Solidaritätsspende... Ich beantrage deshalb die Aufhebung des beigefügten Beschlusses. Weiter beantage ich, vorausgesetzt, daß die Solidaritätsspende bereits überwiesen ist, daß der AStA verpflichtet wird, dieses Geld wieder zurückzufordern. Mit der Bitte um eine baldige Entscheidung verbleibe ich mit freundlichen Grüßen

Horst Wolff

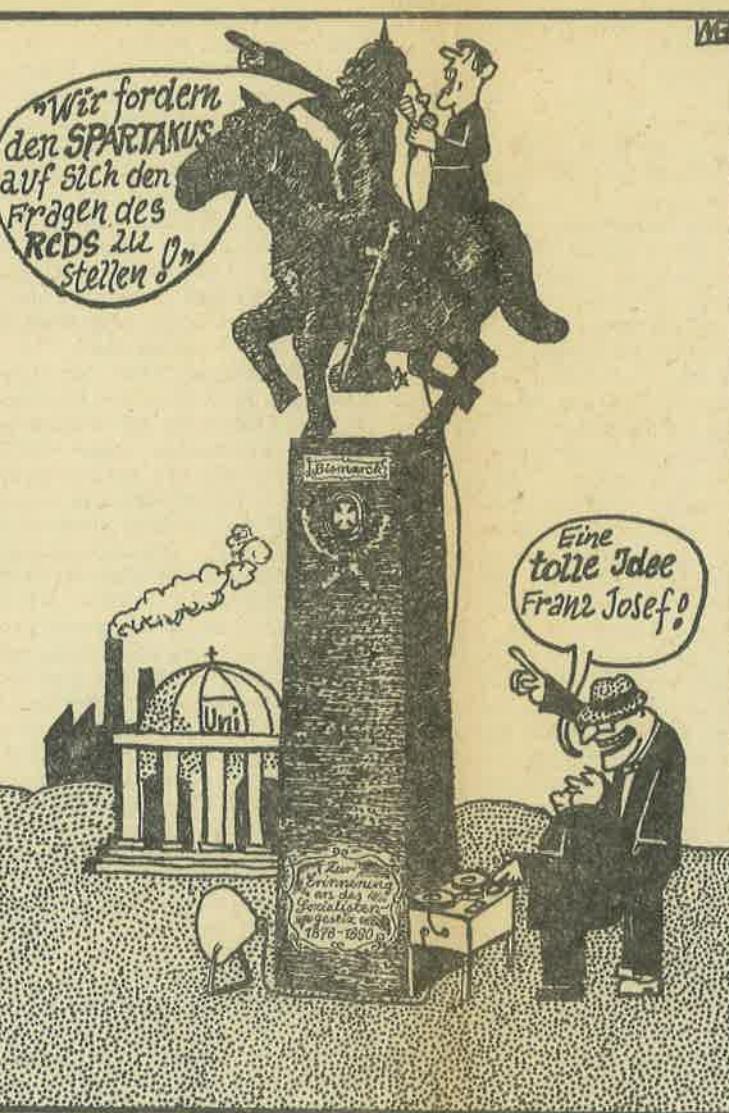
Horst Wolff
53 Bonn 1, 8. Dezember 1971
Das Studentenparlament der Uni-

versität Bonn hat auf einer Sitzung am 7. Dezember 1971 folgenden Beschuß gefaßt:

1. Die Studentenschaft der Universität Bonn solidarisiert sich gesperrten Metallarbeitern in Nordwürttemberg/Nordbaden. (Angenommen mit 21:4:0 Stimmen)
2. Sie unterstützt den Kampf mit einer Solidaritätsspende von 500 000 (fünfhundert) DM. (Angenommen mit 19:2:4 Stimmen)

Bei beiden Abstimmungen beteiligten sich die Mitglieder des Studentenparlaments Wolfgang Philipp, Werner Rätz und Horst Wolff nicht in der Abstimmung, da sie der Meinung sind, daß sie in ihrer Funktion als Mitglieder des Studentenparlaments nicht zu allgemeinpolitischen Fragen Stellung zu nehmen haben.

gez. Horst Wolff



Hetze geschaffen werden. Gillessen vertritt in der FAZ die Politik, die die CDU/CSU morgen durchsetzen will. Er gibt das Signal für einen Kurs nach dem Motto: „Landgraf werde hart“. Er stellt fest: „Es hilft nur, die Lehr-, Prüfungs- und Berufsbefugnis so eindeutig in der Hand einer Seite zu konzentrieren, daß es ganz hoffnungslos für die andere wird, sie ihr kämpferisch entwinden zu wollen. Doch eine Mehrheit von nur 51 Prozent für die Hochschullehrer wäre so klein, daß es weiterhin lohnend erschien, ein paar Professoren für eine Koalition gegen die Professoren zu gewinnen.“ „Ohne die Abschaf-

Mit dem Abbau demokratischer Rechte geht einher die Hetze gegen Kommunisten, Marxisten und systemkritische Demokraten, das Wiederaufleben von Militarismus und Chauvinismus. Von vornherein soll jegliche Kritik am Imperialismus abgewürgt werden. Dies zeigt der, für den 28. Januar geplante Beschuß der Ministerpräsidentenkonferenz über die Nichteinstellung von Marxisten und anderen Demokraten in den öffentlichen Dienst. Dort soll der Verfassungsbruch des Hamburger Senats, der die Nichteinstellung von fortschrittlichen Lehrern verfügte, auf die ganze BRD ausgedehnt werden.

rungen mit keinem Wort verurteilte zum „Anwalt“ der Arbeiter in der DDR und fordert den SPARTAKUS auf, für das Streikrecht der DDR-Arbeiter einzutreten. (Frage 10) Die Fähigkeit des RCDS zur Heuchelei ist bewundernswert. Ohne Skrupel wird vom RCDS bei uns die Aussperrung geduldet oder unterstützt und für die DDR das Streikrecht gefordert. Natürlich geht es dem RCDS nicht wirklich um die Interessen der Arbeiter und Angestellten, weder in der kapitalistischen BRD, noch in der sozialistischen DDR, sondern darum, die Bundesrepublik als „soziale Demokratie“ hochzuloben und den Sozialismus in der DDR zu diffamieren.

Doch eben um diese Arbeiterinteressen, die der RCDS nur als Mittel zum Zweck benutzt, geht es dem SPARTAKUS! Sowohl im Kampf gegen das Monopolkapital in der Bundesrepublik als auch in der Bestimmung des Verhältnisses des SPARTAKUS zur DDR und zum Streikrecht.

Die Arbeiter in der Bundesrepublik wären durchaus bereit auf ihr „Recht“ zum Streik zu verzichten, wenn

1. Profitsucht und Lohndrückerei verschwinden würden,
2. die Produktion der Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung diente und nicht den Profitinteressen weniger,
3. wenn die Arbeiter von der Sorge um den Arbeitsplatz befreit wären,
4. wenn die ökonomischen und politischen Entscheidungen im Interesse und unter aktiver Teilnahme der Arbeiter fallen würden,

d. h., wenn die Arbeiterklasse die herrschende Klasse wäre und nicht das Großkapital.

Das aber macht den Unterschied aus zwischen Kapitalismus und Sozialismus, zwischen der kapitalistischen Bundesrepublik und der sozialistischen DDR.

So sieht der neue Fünfjahresplan der DDR eine jährliche Steigerung der Arbeitseinkommen der Beschäftigten um jährlich 4,3 Prozent vor. Ebenfalls beschlossen wurde, die Preise für Konsumgü-

der DDR sind sie von vornherein als feste Größen im Plan verankert.

Der Artikel 24 der sozialistischen Verfassung der DDR sichert jedem Bürger das Recht auf Arbeit, Kurzarbeit, Arbeitsplatzunsicherheit durch kapitalistische Rationalisierung und Wirtschaftskrisen sind in der DDR unbekannt. Während in der BRD der Herr-im-Hause-Standpunkt der Unternehmer unverhüllt praktiziert wird, verkündete Daimler-Boß H. M. Schleyer: „Wir sollten — trotz vielfältiger Kritik — an dem Begriff „Führung“ festhalten. Er bringt ein in allen Gesellschaftssystemen der Vergangenheit und Gegenwart festzustellendes Baugetz zum Ausdruck“. In der DDR fällt auch auf der Ebene des Betriebes keine Entscheidung ohne die Zustimmung der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften. Im Gesetzbuch der Arbeit heißt es: „Verstößt die Weisung eines Betriebsdirektors gegen die gesetzlichen Bestimmungen, ist der Weisungsempfänger berechtigt bzw. verpflichtet, die Weisung nicht zu befolgen. Die Pflicht zur Nichtbefolgung ergibt sich aus der Pflicht zur Wahrung der sozialistischen Arbeitsdisziplin und der sozialistischen Gesetzlichkeit. Für die Erfüllung seiner Aufgaben ist der Einzelarbeiter den Werktagen des Betriebes bzw. den Delegierten der Belegschaft von volkseigenen Kombinaten und Großbetrieben rechenschaftspflichtig. Die Rechenschaftslegung auf allen Ebenen als Bestandteil des Arbeitsrechtsverhältnisses ist eine Form der Kontrolle der Gesellschaft über die Verwirklichung der Verantwortung einzelner Funktionäre.

Die Arbeiterklasse in der BRD steht vor der Aufgabe, ihre Interessen im Kampf durchzusetzen. Das gilt sowohl für den Pfennig und die Mark in den Tarifauseinandersetzungen als auch für die Frage der Macht im Staate. Ihr Gegner in diesem Kampf ist das Monopolkapital. Der Kampf der Arbeiterklasse richtet sich gegen die Thyssen-Flick-Mannesmann, solange sie herrschen wird es sozialistische Streiks der Arbeiterklasse geben, aber eben nur so lange sie herrschen.

RCDS gegen demokratische Rechte

Fortsetzung von Seite 1

Entwurf prinzipiell begrüßt, weil er einen Ansatz zu organisatorischen Reformen enthält.“ Worin dieser „Ansatz“ besteht, zeigt der CDU-Entwurf: Fachaufsicht des Staates, Zerschlagung der verfassten Studentenschaft, Alleinent-scheidungsrecht der Professoren, Ord-nungsrecht für Studenten. Mit diesem CDU-Paragraphen, der eine der zentralen Forderungen des Bundes gegen die Freiheit der Wissenschaft wiedergibt, sollen diejenigen, die in Seminaren Wissenschaftskritik leisten und eine Kontrolle der Forschung auszuüben gedenken kriminalisiert werden. Es ist darum auch kein Zufall, wenn der RCDS Berufsverbote für Marxisten begrüßt. (s. Stellungnahme von G. Langguth zur Uni Bremen) Und weil sich der RCDS in der westdeutschen Studentenschaft zu-

nehmender Bedeutungslosigkeit erfreut, beginnt er jetzt, die Klassenjustiz im Verbund mit der CDU/CSU als Vehikel zur Zerschlagung des vds und der ASten zu instrumentalisieren. Eine vom RCDS koordinierte Kampagne geht darauf aus, mit Einstweiligen Verfügungen den ASten aufzuerlegen, keine finanziellen Zuwendungen mehr an den vds zu zahlen, da die genannten ASten vom „politischen Mandat“ Gebrauch gemacht hätten. Worum es wirklich geht, verrät der RCDS in seiner Göttinger Zeitung irrationalem: „Nach Auffassung des RCDS muß die Vertretung der hochschulpolitischen und sozialen Belange der Studentenschaft wieder der Inhalt der Arbeit des vds werden; daß sie das derzeit nicht ist, macht erneut die Auseinandersetzung um das Hochschulrahmen gesetz des Bundes deutlich.“

Die Offensive der Reaktion muß zurückgeschlagen werden, gerade die jüngste Entwicklung zeigt, daß entgegen aller Behauptungen „links“ sektiererischer Gruppen die Rechtskräfte keine Erfindung des SPARTAKUS sind, sondern lebendige Realität der Imperialistischen BRD und eine wirkliche Gefahr. Deshalb muß die Aktions-einheit der demokratischen Studenten gegen ihre Spalter-politik durchgesetzt werden.

Nicht nur die marxistischen Studenten sind aufgefordert die demokratischen Rechte zu verteidigen — das ist die Aufgabe aller fortschrittlichen Studenten, die nicht bereit sind, CDU/CSU und RCDS als Hüter von Demokratie und Freiheit zu akzeptieren.

Schlägt die Angriffe der Reaktion zurück! Keine Stimme dem RCDS! Unsere stärkste Waffe ist die Einheit im Kampf! Kämpft für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung an den Hochschulen! Weg mit dem Ord-nungsrecht! Kein Mitbestim-mungsrecht darf kampflos ge-räumt werden! Kein Berufsverbot für Marxisten!

Der RCDS als Wahrer des Sozialismus

Der RCDS, der sich zum „Anwalt“ vorgeblich „Unterdrückter“ aufspielt, (Frage 4), ist sprachlos angesichts der Verfolgung von Angela Davis und verliert kein Wort über die Ermordung schwarzer Schriftsteller wie George Jackson und anderer Bürgerrechtskämpfer in den USA. Der RCDS, der hierzulande an der Seite der CDU und des Bundes „Freiheit der Wissenschaft“ die „freie Marktwirtschaft“ und reaktio-näre Bildungsinhalte verficht, vergießt Krokdilstränen über Solschenizyn, der in seiner Datscha bei Moskau das Trauma der entmachteten russischen Bourgeoisie poetisiert, dem jedoch der Klassenkampf dieser Epoche keinen Tropfen Tinte wert ist.

Heuchlerisch stellt sich der CDU-Studentenverband vor „unterdrückte“ Intellektuelle in der DDR, die vom Sozialismus, den Bedingungen seines Aufbaus und vom internationalen Klassen-kampf noch nicht alles begriffen haben, immerhin aber soviel, daß sie, wie Wolf Biermann, klarstellen, daß „trotz aller Meinungsver-

und in der DDR überhaupt nur dann zu verstehen ist, wenn man weiß, daß für Arbeiter und Arbeiterkinder dort der Zugang zur Universität nicht nur erleichtert, sondern vorrangig gewährleistet ist. (BRD 7 Prozent Arbeiterkin-der an der Uni, DDR 42 Prozent, Sowjetunion über 50 Prozent). Was im RCDS-Vokabular als „In-tellektueller“ sich tarnt, das ist in der Sowjetunion in ca. 6 von 10 Fällen ein Arbeiterkind.

Zu beurteilen, ob der aus Polen emigrierte Kolakowski Marxist ist, ist der RCDS nicht die Instanz. (Frage 5) Keineswegs steht es Reaktionären frei, Antikom munisten zu Marxisten zu ernennen; wer Marxist ist, entscheidet letztlich die Tat. Ein sich intellektuell prostituerender Modephilosoph wie Kolakowski, der sich seine senilen Haßtiraden gegen den realen Sozialismus neuerdings aus der gleichen Kasse zahlen läßt, die die Napalmbomben für Vietnam bezahlt, ist der beste Beweis dafür, daß das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt zu gunsten des Sozialismus den Imperialisten und ihren ideologischen Wasserträgern nicht mehr erlaubt, frontal gegen den Marxismus vorzugehen, sondern daß sie mehr und mehr gezwungen

Soldaten sind nicht alle gleich . . .

Der RCDS gibt sich besorgt um den „Militarismus“ in der DDR. (Frage 7). In dem Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB Spartakus vom 20./21. Mai 1971 ist unmißverständlich festgehalten: „Als Marxist sind wir in der Lage, den Zusammenhang zwischen Militarismus, Krieg und staatsmonopolistischer Gesellschaftsordnung aufzuzeigen. Als Marxisten erkennen wir die Unzulänglichkeit eines individualistisch-pazifistischen Antimilitarismus, erkennen wir die Absicht der imperialistischen Ideologien, mit dem Verweis auf die bewaffnete Macht des Sozialismus . . . unseren Friedenskampf zu diskreditieren, als menschenfeindlich darzustellen und so ehrliche Antimilitaristen praktisch wieder an das aggressive imperialistische System zu binden.“

Der deutsche Militarismus, das reaktionäre politische System der herrschenden Ausbeuterklassen zur Unterdrückung der Volksmas-sen und zur Verwirklichung weltumspannender Expansionspolitik, hat das arbeitende Volk zweimal ins Verderben gestürzt: der 1. Weltkrieg kostete Deutschland 2 Milliarden Tote, im Ergebnis der militärischen Aggression der fa-schistischen Krupp-Thyssen-Hitler-Diktatur fanden 50 Millionen Menschen den Tod. Die deutschen Militaristen ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, sie ersticken die Novemberrevolution in einem Meer von Blut. 1945 erlitt der deutsche Militaris-mus insbesondere durch die Trup-pen der sozialistischen Sowjetunion eine vernichtende Niederlage. Aber nur auf dem Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik wurden in Über-einstimmung mit dem Potsdamer Abkommen (1945) — Demilitari-

es heißt, daß die Kommunisten „eine Volksbewegung gegen die Remilitarisierung anzetteln.“

Die BRD nahm so von Anfang an eine unversöhnliche Frontstellung gegen das erstarkte sozialistische Lager an, mit dem erklärten Ziel, den Sozialismus „rückgängig“ zu machen („roll back“). Insbesondere das Heranwachsen eines sozialistischen Staates auf deutschem Boden bedeutete auf die Dauer eine schwere Gefährdung der sozialökonomischen und ideologi-schen Basis der herrschenden Klasse in der BRD. Der CDU-Mann Kai Uwe von Hassel formulierte diese Erkenntnis 1961 mit beachtlicher Klarheit: „Unsere Gebietsforderungen gehen bis weit hinter die Oder-Neiße-Linie. Das Jahr 2000 darf nicht zum 83. Geburtstag der Oktoberrevolution in der Welt werden“. Für die Ost-politik der CDU/CSU bedeutet dies bis heute: Remilitarisierung,

Krupp, Rheinstahl u. a. Diese Unternehmens ziehen ihre Profite auf einem staatlichen Militäretat von gegenwärtig ca. 20 Milliarden DM. Erstaunt es da

● wenn der Wehrpolitische Arbeitskreis der CSU, dem Ludwig Bölkow, Chef eines Konzerns mit einer Milliarde DM Umsatz (1971), angehört, in einer Stellungnahme zum Moskauer Vertrag sich „entschieden gegen eine sogenannte Entspannungspolitik“ wendet und „eine künstlich gesteuerte verantwortungslose Euphorie“ ver-dammt, die die „tatsächliche Bedrohungssituation“ verharmlose?

● wenn an der Technischen Uni-versität München laut Schwarzbuch des Asta 75 Hoch-schullehrer als „direkte Ver-treter der Rüstungskonzerne“ zu betrachten sind und sich darüber hinaus mindestens 200 Angehörige der Universität an Rüstungsforschung beteiligen?

● wenn die Junge Union un-längst forderte, Elternbeiräte unter anderem mit Offizieren zu bestücken?

● wenn Franz Josef Strauß, der politische Exponent des Militär-industriellen Komplexes, vor dem Hintergrund der ersten „Berlin-Krise“ verlauten

Helft Dohnanyi auf die Sprünge!

Kampf dem Bildungsnotstand!

Die nebenstehend wiedergegebene Äußerung des Staatssekretärs von Dohnanyi im Rahmen der Sendung des ZDF-Magazins am 22. 12. 71 über den Spartakus nehmen wir zum Anlaß auf das Pro-tokoll des 1. Bundeskongres-ses des MSB Spartakus hinzu-weise, dessen Lektüre wir nicht zuletzt Herrn von Dohnanyi wärmstens empfehlen. (Siehe Anzeige unten)



sierung, Dekartellisierung, Den-zifizierung und Demokratisierung — und im Verlauf der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung Imperialismus und Militarismus mit ihren Klassenwur-zeln beseitigt. Rüstungsprofiteu-

Nichtanerkennung der Ergebnisse des 2. Weltkrieges, Nichtanerkennung der gesellschaftlichen Umwälzungen in den sozialistischen Ländern, „rechtliche“ Untermauerung dieser status-quo-ante-Poli-tik durch die Fiktion eines Hei-

ließ, die Planung gegen die DDR sehe vor, „im Anfang diplomatisch-politische Schritte, in der Mitte ökonomisch-technische und am Ende militärische“ (Spiegel, 13. 9. 1961, S. 22)?



schiedenheiten" ihnen selbst die Genossen von der Staatsicherheit "unvergleichlich näher sind" als jene vermeintlichen "Freiheitskämpfer" im Westen vom Kaliber der RCDS-Hampelmänner. (vgl. Biermanns Brief an den Stern in Nr. 43/70)

Eines macht die Fragestellung des RCDS nach den "Intellektuellen" deutlich: der RCDS gebraucht in seiner bekannten bürgerlich-elitären Art den Begriff als positiv gefärbten Klassenbegriff. (Unterdrückung von Proletariern nämlich würde ihn nicht interessieren.) Tatsache ist, daß der Begriff „Intellektueller“ in der Sowjetunion

sind, „Marxisten“ zu ernennen, die von „innen“ her den Kommunismus zensieren und die sozialistischen Staaten diffamieren. Dem RCDS sei geraten, die Finger vom Marxismus-Leninismus zu lassen. Er versteht nichts davon.

„Imperialismus“ des Westens — der RCDS setzt diesen Imperialismus in die berüchtigten Gänsefüßchen: also gibt es ihn gar nicht. Also beherrschen z. B. die United Fruit Comptny und die Rockefellers nicht halb Südamerika, also waten die US-Imperialisten in Indochina nicht im Blut der unterdrückten Völker. Mit derartigen

gewissen „Kommunisten“ in Wirklichkeit waren, zeigte ihre folgende Aktivität im „freien Westen“, wo sie, wie der ehemalige Wirtschaftsminister Ota Sik, Vorträge hielten vor Unternehmerverbänden (!) und sich vor den Karren derjenigen spannen ließen, gegen die sie angeblich auch als „Reformer“ den Kampf zu führen vorgaben: vor den Karren der Monopolbourgeoisie, die ihre Verbeugungstourneen durch die politische Landschaft großzügig honorierte. Es war Rosa Luxemburg, die diese Mechanik des „trojanischen Pferdes“ innerhalb des wissenschaftlichen Sozialismus aufdeckte: „Wer heute als Sozialisten gelten, zugleich aber der Marxschen Lehre, dem riesenhaftesten Produkte des menschlichen Geistes in diesem Jahrhundert, den Krieg erklären will, muß mit einer Huldigung an sie beginnen, indem er sich vor allem selbst zum Anhänger dieser Lehre bekannt und in ihr selbst Stützpunkte für ihre Bekämpfung sucht, die letztere bloß als ihre Fortentwicklung hinstellt.“ („Sozialreform oder Revolution“, 1899)

Dieser „Humanisierung“ des Sozialismus, die nichts anderes war als der Versuch einer „Humanisierung“ der Einflußmöglichkeiten der Reaktion, wurde von den sozialistischen Kräften eine Abfuhr erteilt. Daß sie die richtigen getroffen hat, beweist der Protest des RCDS und der Monopolbourgeoisie hierzulande.

Die Rüstungsindustrie, Kriegsgewinner und Faschisten wurden abgeholt. In den Westzonen Deutschlands gingen die Monopolherren Flick, Krupp, IG-Farben-Nachfolger, nachdem sie ihre ökonomische und politische Macht mit Unterstützung der imperialistischen Siegermächte, insbesondere der USA, restauriert hatten, zur Remilitarisierung über, in deren Verlauf der Militarismus in der BRD wiedererstand.

Die „Washington Post“ kommentierte am 16. 5. 1949: den Charakter der Gründung der Bundesrepublik illusionslos: „Die CDU/CSU wird die Regierungsfassade hergeben, hinter der die Industriellen die wahren Herrscher sein werden“. Die herrschende Klasse hatte daher viele Gründe, das Verbot der Kommunistischen Partei, die ihre Unbeugsamkeit im Kampf gegen den Faschismus mit hohen Blutopfern bezahlte, zu betreiben. So betrieb die Regierung Konrad Adenauers seit 1951 unter anderem deshalb das KPD-Verbot, damit wieder eine Armee unter Führung von Hitlergeneralen aufgebaut werden konnte. Die KPD wurde verboten, um an die Spitze der Bundeswehr bis Ende 1956 38 Generale zu stellen, von denen 31 zuvor dem Hitlerschen Generalstab angehörten. Die KPD wurde verboten, weil sie als Sprecher aller friedliebenden und demokratischen Menschen gegen die Atomaufrüstung auftrat. All das wurde im Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichtes bestätigt, in dem

die durch die Fiktion eines Heimat- und Alleinvertretungsrechtes. In welchem Ausmaß hierbei die rücksichtslosen Profitinteressen der Rüstungsindustrie das Schwungrad des außenpolitischen Aggressionskurses bildet, wurde dieser Tage schlaglichtartig erhellt, als die Staatsanwaltschaft Koblenz enthüllte, daß der Kalte Krieger und CDU/Kanzlerkandidat Rainer Barzel in den Jahren 1959 — 1961 von den rüstungsindustriellen Henschel-Werken 60 000 DM für „Interessenvertretung“ kassierte.

In den letzten Jahren präsentierte sich der deutsche Militarismus nach US-Vorbild unter der lebensbedrohlichen Erscheinungsform des Militär-industriellen Komplexes, einer polit-ökonomischen Zusammenballung, welche die aggressivsten Monopole, Bundeswehradministration und extrem reaktionäre politische Organisationen zusammenfaßt und auf die rücksichtslose Machtausübung gegenüber der Arbeiterschaft und allen demokratischen Kräften nach innen wie die Aggression nach außen ausgerichtet ist. Zum Militär-industriellen Komplex in der BRD gehören führende Rüstungskonzerne der Flugzeug- und Raketenindustrie, der Elektronik-, Chemie- und Atomindustrie sowie des Kriegsfahrzeugbaus und der Herstellung schwerer Waffen: also Siemens-AEG- Flick-Quandt (Daimler-Benz, Krauss-Maffei), Messerschmitt-Bölkow-Blohm,

Eben vor diesem Militarismus mußte sich die Arbeiterklasse in der DDR schützen. Ohne eine schlagkräftige Verteidigung und den politischen Verteidigungswillen wäre jeder sozialistische Staat dem Imperialismus ausgeliefert, der auch in Vietnam kein Mittel der Unterdrückung und des Völkermordes scheut. Bundeswehr und Nationale Volksarmee sind nicht dasselbe: Während in die Bundeswehr große Teile des ehemaligen faschistischen Offizierskorps übernommen wurden, die nichts dazu gelernt haben und den sozialdemokratischen Bundeskanzler ungestraft einen „Verräter“ nennen dürfen, wird die Nationale Volksarmee der DDR geführt von alten Antifaschisten, die in militärischen Auseinandersetzungen auf Seiten der Arbeiterklasse standen: in Spanien, in der Sowjetunion.

„Soldaten sehn sich alle gleich — lebendig und als Leich.“ (Wolf Biermann)? Dagegen Wolf Brannasky: „Und du bist bei der Bundeswehr da lernst du, wie man schießt, da lernst du, daß die Volksarmee für dich der Todfeind ist. Doch der Soldat der DDR, der schützt, was ihm gehört. Du stehst bloß ‘rum fürs Kapital und schaust, daß man’s nicht stört.

Soldaten sind nicht alle gleich — lebendig nicht und nicht als Leich“!



Solidarität mit Vietnam

Das Zerstörungswerk der imperialistischen US-Regierung hält unvermindert an. Zum Jahresende ordnete die US-Regierung schwere Bombenangriffe auf die demokratische Republik Vietnam an. Die Unterstützung des vietnamesischen Volkes in seinem Kampf für Frieden und Freiheit, ist wichtiger denn je zuvor. Die Abbildung zeigt einen Spendenscheck. Sie sind an Büchertischen, Info-Ständen und auf allen Veranstaltungen des MSB SPARTAKUS zu erhalten.

Protokoll des 1. Bundeskongresses des MSB SPARTAKUS als Taschenbuch

308 Seiten, mit Photos, 6,- DM
Aus dem Inhalt: Zur Entstehungsgeschichte des SPARTAKUS — Hauptreferat — alle Diskussionsbeiträge — Auszug aus der Diskussion — Grundsatzklärung — Satzung — Pressepiegel u. a.
An allen SPARTAKUS-Büchertischen oder beim Bundesvorstand.

Bitte schicken Sie mir Infomaterial über den MSB SPARTAKUS.

Name _____

Ort _____

Straße _____

Schicken an: MSB SPARTAKUS, 53 Bonn, Sternburgstraße 73

ROTE BLÄTTER EXTRA

Herausgeber: Bundesvorstand des SPARTAKUS, 53 Bonn, Sternburgstraße 73; Verantw.: R. Lang; Druck: Rühl, Krefeld.